



Kiel, 8. Februar 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 23. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 7. Februar 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts im Bereich der Justiz

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/365](#)

Nach einer Aussprache über den Änderungsantrag der Regierungskoalition, [Umdruck 19/620](#), beschloss der Ausschuss einstimmig, eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum Freitag, 9. Februar 2018, zu benennen. Dem Landtag soll zur März-Plenartagung ein Votum zugeleitet werden.

2. a) Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/275](#) (neu)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/276](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

3. Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom 26. November 2017

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 5. Dezember 2017

[Umdruck 19/349](#)

Der Ausschuss führte über die Beschlüsse ein Gespräch mit Präsidiumsmitgliedern von „Jugend im Landtag“. Sodann nahm er die Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ abschließend zur Kenntnis und bat die Fraktionen, daraus gegebenenfalls parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein - Verbot der Pferdesteuer

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/215](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW gegen die Stimmen der SPD empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

5. Verschiedenes

Bei Enthaltung der SPD beschloss der Ausschuss, die Gesetzentwürfe zur Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes ([Drucksachen 19/11](#) und [19/38](#)) zur zweiten Lesung im Februar-Plenum anzumelden.

Schluss: 15:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder